Forderungen des Klimaschutzbündnisses Saar an die saarländische Landesregierung

Die Auswirkungen des globalen Klimawandels sind seit dem Jahr 2000 durch deutlich gestiegene Durchschnittstemperaturen, insbesondere im Jahr 2018, auch im Saarland deutlich zu spüren. Trockenheit, Dürreschäden, aber auch Starkregen sind die untrüglichen Vorboten eines sich auch hier verstärkenden und weltweit fortschreitenden Klimawandels. Um die Klimaziele von Paris und eine Begrenzung auf 1,5 Grad globaler Erwärmung zu erreichen, liegt es gerade in unserer Verantwortung gegenüber den vom Klimawandel besonders stark betroffenen Ländern im globalen Süden, einen entscheidenden Beitrag zu leisten, um ab sofort die weltweiten CO2-Emissionen schnell und umfassend zu reduzieren, bis diese 2035 bilanziell bei Null angelangt sind. Wir fordern daher die saarländische Landesregierung auf, hierfür notwendige Ziele, Strategien und Maßnahmen auf regionaler Ebene zu beschließen.

1) Die Landesregierung muss bis zum 30.06.2019 eine eindeutige Handlungsverpflichtung zur Erreichung der Ziele des Pariser Klimaschutzabkommens von 2015 abgeben und Klimaschutz bis zum 31.12.2019 als Staatsziel in die Verfassung des Saarlandes aufnehmen. Daraus folgt, dass bis zum Jahresende 2019 ein **Saarländisches Klimaschutzgesetz** erarbeitet und veröffentlicht werden muss, mit dem Ziel die Treibhausgasemissionen im Saarland über alle Sektoren hinweg gemäß den wissenschaftlichen Erkenntnissen schnell und deutlich um jährlich mindestens 6% der Emissionen des Jahres 2016 bis auf Nettonull zu senken.

2) Größte Emittenten von CO2 sind im Saarland die wärmeerzeugenden Kraftwerke und die Industrie, insbesondere die Stahlindustrie. Die letzten verfügbaren Zahlen zeigen, dass von 19,8 Mio to CO2-Emissionen 16 Mio to aus diesen Bereichen stammen. Gerade die saarländische Stahlindustrie ist in der Pflicht, ihre CO2-Einträge im Saarland sukzessive zurückzufahren. Wenn die Branche einen Platz in einer klimaverträglichen Welt finden will, dann darf die Politik nicht weiter Entlastungen in Milliardenhöhe bei Steuern und Umlagen ermöglichen, sondern sollte gezielte Hilfe bei der ökologischen Modernisierung leisten.

Hier bewirken Einsparungen den größten und schnellsten Erfolg, um die Klimaschutzziele für das Saarland zu erreichen. Darüber hinaus sollte sich das Saarland im Bund für eine sozialverträgliche und kostenneutrale CO2-Abgabe einsetzen, die regelmäßig angepasst wird und die Kosten der CO2 Belastung abbildet.

3) Um diese Ziele zu erreichen, soll bis zum 31.12.2019 der im Jahr 2011 von der Landesregierung erstellte **„Masterplan Saarländischer Klimaschutz“** wieder aufgegriffen und aktualisiert werden. Der Masterplan Klimaschutz muss - unter der Leitung eines anerkannten Instituts und mit breiter Beteiligung aller Klimaschutz-Akteure so gestaltet werden, dass klare abzählbare Ziele mit hierauf abgestimmten jährlichen Meilensteinen definiert werden. Das Erreichen der Meilensteine wird jährlich überprüft. Bei Abweichungen müssen korrigierende Maßnahmen ergriffen werden. Das saarländische Klimaschutzbündnis ist bereit, hier aktiv mitzuwirken.

Der zu entwickelnde „Masterplan Klimaschutz“ muss mit der substantiellen Weiterentwicklung der saarländischen Nachhaltigkeitsstrategie sowie mit anderen verwandten Prozessen, wie den „Entwicklungspolitischen Leitlinien“ des Saarlandes, verknüpft werden.

4) Zur Erreichung der Klimaschutzziele sind ein forcierter Ausbau der Erneuerbaren Energien, insbesondere der Windenergie und der Photovoltaik, sowie eine Halbierung des Energieverbrauchs bis 2035 unabdingbar.

- Hierzu müssen bestehende Genehmigungshürden, Hemmnisse und Blockaden im Land und in den Kommunen schnellstmöglich abgebaut werden, da diese in den vergangenen Jahren im Saarland den Ausbau erneuerbarer Energien, insbesondere der Windenergie und der Photovoltaik, behinderten.
- Wir fordern, dass Städte und Gemeinden als zentrale Akteure bei der Umsetzung von Klimaschutzmaßnahmen stärker unterstützt werden, insbesondere bei der Ausweisung von Vorrangflächen für die Nutzung erneuerbarer Energien.
- Wir fordern im Rahmen der Landesplanung die Definition von Vorrangflächen für erneuerbare Energien (EE), so dass mindestens die im EEG genannten Flächen für erneuerbare Energien gleichrangig zu anderen behandelt werden.
- Zudem soll das Ausbauziel von PV-Freiflächenanlagen nach der Landesverordnung vom 06.12.2018 auf 200 MW erhöht und die Anwendung der Verordnung flexibilisiert werden.
- Um die Akzeptanz für Klimaschutzmaßnahme bei den Bürgerinnen und Bürgern und die Teilhabe an der Energiewende zu steigern, fordern wir eine Stärkung von Bürgerenergiegenossenschaften auf allen Ebenen.
- Zur Wahrung der öffentlichen Glaubwürdigkeit muss das Land, die Kreise und die Kommunen bei ihren eigenen Liegenschaften als Vorbild vorangehen und diese wo immer technisch möglich mit Photovoltaikanlagen bestücken, sowie Sanierungsfahrpläne zur Reduzierung des Energieverbrauchs ausarbeiten und beschließen.

5) Neben dem Ausbau der erneuerbaren Energien, ist es unbedingt notwendig, die Reduzierung des Wärmebedarfs von Wohngebäuden im Saarland zu fördern und die (energetische) Sanierungsquote zu steigern. Hier gibt es entsprechende Förderinstrumente auf Bundesebene (KfW, BAFA), die auf Landesebene erweitert werden müssen. Anreize und Öffentlichkeitsarbeit müssen verstärkt werden, damit die Bürgerinnen und Bürger entsprechende Maßnahmen auch ergreifen. Fossile Heizungstechniken sind zu ersetzen.

6) Wir fordern die Landesregierung und die Kommunen auf, so schnell wie möglich eine Verkehrswende einzuleiten.

- Mehr sicherer Rad- und Fußverkehr, der Ausbau des Schienennetzes mit neuen Direktverbindungen, ein verbilligtes Tarifsystem zur Stärkung des ÖPNVs sowie eine gesetzliche Grundlage in Form eines Mobilitätsgesetzes sind dabei zentrale Elemente.
- Dazu gehört aber auch die langfristige Entwicklung neuer Mobilitätskonzepte jenseits des Individualverkehrs.
- Ausbau der klimaneutralen Mobilität und ihrer Infrastruktur, insbesondere die Anschaffung von Elektrobussen sowie den Ausbau eines landesweiten, leistungsfähigen (Elektro-) Radwegenetzes

7) Um für all diese Maßnahmen einen besseren Rückhalt in der Bevölkerung zu erlangen,

ist es absolut notwendig, in Bildungsinstitutionen aller Art das Verständnis über globale Zusammenhänge und über negative Folgen des Klimawandels in allen Weltregionen zu fördern. Zudem muss über Wertediskussionen, emotionale Bildungszugänge und das Aufzeigen konkreter Verhaltensänderungen eine Handlungsbereitschaft zum Klimaschutz befördert werden.

- Hierzu muss die Landesregierung Bildung für nachhaltige Entwicklung strukturell in die formale wie non-formale Bildung auf allen Ebenen – von der Kita über Schulen und Hochschulen bis hin zur Erwachsenenaus- und -weiterbildung – implementieren und entsprechende Mittel für Bildungseinrichtungen bereitstellen.
- Die Themen „Klimawandel, Klimaschutz und Klimagerechtigkeit“ sollten in den Lehrplänen in allen Fächern unter der jeweiligen Perspektive gestärkt werden.
- Im Bereich der Hochschulforschung müssen solche Vorhaben besonders unterstützt werden, die – ob direkt oder indirekt – auf eine Minderung der CO2-Emissionen zielen oder klimaschutzorientierte Ziele verfolgen.
- Die Vernetzung schulischer und außerschulischer Akteure in regionalen Bildungslandschaften und die Einbindung der Expertise außerschulischer Partner in Bildungsprozesse muss durch die Landesregierung stärker ideell und finanziell gefördert werden.

8) Grundsätzlich möchten wir darauf drängen, dass – im Sinne einer zukunftsfähigen Technologieentwicklung – große Anstrengungen in Forschung und Entwicklung unternommen werden, um eine Dekarbonisierung in Einklang zu bringen mit einer Verminderung des Rohstoffverbrauchs. Insbesondere die in den Ländern des globalen Südens unter teils höchst problematischen Arbeits- und Umweltbedingungen geförderten und produzierten mineralischen Rohstoffe zur elektronischen Steuerung, die ebenso in der Elektromobilität wie in Windkraft- und PV-Anlagen verbaut werden, müssen mittelfristig reduziert werden.

Saarbrücken, den 06.05.2019

Unterzeichnet von den folgenden Mitgliedern des Klimaschutzbündnisses Saar:

BUND Landesverband Saarland

BUND Ortsverband Saarbrücken

BUND Regionalgruppe Köllertal

Bürger-Energiegenossenschaft Bliesgau eG

Bürger-Energiegenossneschaft Hochwald eG

Bürger-Energiegenossenschaft Köllertal eG

Bundesverband Windenergie Regionalverband Saar

ENERGIEWENDE SAARLAND e.V.

Fairtrade Initiative Saarland

FRIDAYS FOR FUTURE SAARLAND

PARENTS FOR FUTURE SAARLAND

Greenpeace St. Wendel

NABU Landesverband Saarland

Netzwerk Entwicklungspolitik im Saarland e.V.

Transition Town Saarbrücken

VCD Landesverband Saarland